

PHPR AKTUELL!

Beurteilungsrichtlinien – neu – (k)eine Harmonie!

Von Reinhold Schmitt

Es ist bereits zwei Jahre her, da sollte unter Federführung des Ministeriums für Inneres, Familien, Frauen und Sport (MIFFS) – so die damalige Bezeichnung – eine Harmonisierung aller im Bereich der saarländischen Landesregierung bestehenden Beurteilungsrichtlinien (BRL) angestrebt werden. Eine eigens für die Erarbeitung vorgesehene Arbeitsgruppe war bereits zur konstituierenden Sitzung eingeladen. Doch die Verantwortlichen besannen sich eines Besseren. Es war noch rechtzeitig erkannt worden, dass solch ein Unterfangen nicht realistisch zu sein schien, da es zu viele unterschiedliche Zielgruppen mit individuell anderen Rahmenbedingungen in der Landesverwaltung gibt. LehrerInnen, VerwaltungsbeamtenInnen, Polizeibeam-

tInnen, SteuerbeamtenInnen und andere „Beamtinnen- und Beamtentypen“ sind einfach nicht über einen „Kamm zu scheeren“. Richtig!

Dann, es begann vor mehr als einem Jahr, sollte wenigstens der Harmonisierungsbedarf bei den Beurteilungsrichtlinien im Innenministerium und in seinen Behörden und Einrichtungen gedeckt werden. So richtig erschloss sich bei den meisten Beteiligten zwar immer noch nicht, wo und warum eigentlich das Bedürfnis zur Vereinheitlichung besteht, aber trotzdem war „Anfangen“ die Lösung.

Die einfachste Lösung, die Polizei übernimmt die Beurteilungsrichtlinien des „Mutterhauses“, scheiterte am heftigen Widerstand der angefragten Behör-

den LPD und LKA. Die hatten gute Gründe für ihre ablehnende Haltung, z. B. gerade die BRL der Polizei haben sich bewährt und sind bereits „gerichts-fest“, es besteht daher kein fundamentaler Änderungsbedarf!

Egal, Harmonisierung steht über allem, ein Kompromiss muss her!

Die Werke für MfIS (auch gültig für dorthin versetzte PolizeibeamtenInnen, LfV, LAVA, Feuerwehrscheule) einerseits und den „Polizeibereich“ andererseits lagen dann im Juli dieses Jahres den Behörden und erfreulicherweise auch den Personalräten (vor der formellen Beteiligung im Mitbestimmungsverfahren) zu einer ersten Bewertung vor. Dieses lobenswerte Beteiligungsverfahren – dafür ein herzliches Dankeschön an die Hausleitung – führte dann auch blitzschnell zur Beseitigung eines ersten dicken Problems. Ursprünglich war nämlich angedacht, zur Harmonisierung des Beurteilungsstichtages bei MfIS und Polizei, einmalig den Polizeibereich betreffend, die aktuell laufende Beurteilungsperiode um ein Jahr zu verlängern. Die Verantwortlichen konnten sehr gut die Argumentation, insbesondere der GdP und der Personalräte, nachvollziehen, dass durch die Verlängerung der BU-Periode das gesamte mühsam erarbeitete Konzept mit Auswirkungen auf das Beförderungsgeschehen so beeinträchtigt worden wäre, dass die erzielte Zufriedenheit der meisten ins Gegenteil verkehrt worden wäre.

Die Stellungnahmen der beiden Behörden LKA und LPD sowie erste Änderungswünsche der Personalvertretungen konnten dann in einer ersten Gesprächsrunde am 19. September ausgiebig erörtert und diskutiert werden. In nahezu allen aus unterschiedlichen Blickwinkeln vorgetragenen Kritikpunkten herrschte Einigkeit bei den Behörden- und Personalvertretern. Obwohl in vielen Dingen mit den VertreterInnen der Polizeiabteilung kein Konsens erzielbar war, muss



**Allen Kolleginnen und Kollegen und ihren Familien frohe
Weihnachten und ein friedvolles gutes neues Jahr 2009**

Hugo Müller, Landesvorsitzender

Fortsetzung auf Seite 2

PHPR AKTUELL!

Fortsetzung von Seite 1

deren Offenheit für alle Anliegen positiv herausgestellt werden. Dies ist unschwer auch daran festzumachen, dass die BRL für den „Polizeibereich“ noch nicht vorgelegt worden sind.

Nachdem, wie bereits dargestellt, die Verlängerung der Beurteilungsperiode schnell vom Tisch war, „Kleinigkeiten“ wohl im Sinne der „einstimmigen“ Anregungen aufgenommen worden sind und verändert bzw. ergänzt werden dürften, bleibt ein Riesenproblem: das neue „Notensystem“!

Die LPD ist entschieden dagegen, will das aktuell gültige Schema mit fünf Wertungsstufen beibehalten wissen.

Das LKA spricht sich für die im neuen Entwurf vorgesehene „Differenzierung“ aus!

Die Personalratsvertreter sagen grundsätzlich Ja zur Differenzierung, aber dann bitte durchgängig bei allen z. B. für eine Beförderungsauswahlentscheidung relevanten Segmenten. So ist

nicht nachzuvollziehen, dass bei der Dienstpostenbewertung die teilanalytisch erarbeitete differenzierte Punktbewertung unberücksichtigt bleibt, bei der Beurteilung aber greifen soll. Daher lautet die optimale Lösung: Differenzierung konsequent, am besten in Beförderungsrichtlinien. Letzteres wünschen sich im Übrigen auch die Behörden in der Polizei.

Wie sieht denn überhaupt der beschriebene Konfliktpunkt aus?

Aktuelle BRL: 5 Wertungsstufen keine Binnendifferenzierung:

- „Hervorragend“
- „Übertrifft erheblich die Anforderungen“
- „Entspricht voll den Anforderungen“
- „Entspricht noch den Anforderungen“ und
- „Entspricht nicht den Anforderungen“

Entwurf – neu –: 5 Wertungsstufen mit Binnendifferenzierung durch Punktzahlen:

- „Hervorragend (8 Punkte)“
- „Gut (7, 6 und 5 Punkte)“
- „Entspricht den Anforderungen (4, 3 und 2 Punkte)“
- „Entspricht den Anforderungen mit Einschränkungen (1 Punkt)“
- „Entspricht den Anforderungen nicht (0 Punkte)“

Die wohl zu der neuen Systematik des Entwurfs am häufigsten gestellte Frage lautet: „Wird derjenige mit 7 Punkten vor demjenigen mit 6 Punkten, ‚beide im Gut‘, befördert?“ Die eindeutige Antwort: „Nach derzeitiger Rechtsprechung selbstverständlich!“ Eine weitere inhalt-

liche Bewertung unterbleibt an dieser Stelle und zu diesem Zeitpunkt. Meinungen der geeigneten Leserschaft sind ausdrücklich erwünscht. Wir, die GdP, sind daran stark interessiert und freuen uns auf Leserbriefe/-mails o. Ä.!

Doch zurück zur Harmonisierung. Die Richtlinien für die Bereiche außerhalb der Polizei sind mittlerweile durch das personalrätliche Mitbestimmungsverfahren und kurz vor der Inkraftsetzung. Der Entwurf sieht die o. g. „Achtpunktesystematik“ vor. Sie gilt somit auch für die ins Ministerium und zur FHSV versetzten PolizeibeamtInnen, nicht jedoch für die dorthin abgeordneten PolizeibeamtInnen! Sie sollen durch die den Personalräten noch vorzulegenden „BRL – Polizei“ erfasst werden.

Für die VerwaltungsbeamtInnen im Polizeibereich sollen die „BRL – Polizei“ ebenfalls Geltung haben.

Da drängt sich die Wiederholung der oben bereits gestellten Frage nach der Notwendigkeit einer BRL-Harmonisierung doch förmlich auf.

Übrigens unterscheiden sich die „BRL – Ministerium und – Polizei“ in weiteren wesentlichen Punkten, sodass auch in diesen Disharmonie festzustellen ist. Beispiel: MitarbeiterInnengespräche im Verlauf der Beurteilungsperiode sind für PolizistInnen im Polizeibereich zwingend vorgeschrieben, im Ministerium und an der FHSV für die dorthin Abgeordneten auch, für die Versetzten nicht!?

Entsprechenden Klärungsbedarf hat der Polizeihauptpersonalrat (PHPR), insbesondere bezogen auf die „BRL – Ministerium“, bereits angemeldet.

Wir bleiben am Ball und berichten weiter vor allem nach Vorlage des Entwurfs der Beurteilungsrichtlinien „Polizei“ zur personalrätlichen Mitbestimmung. **Wir kümmern uns, versprochen!**

REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss für die Januar-Ausgabe 2009 ist aufgrund der Feiertage schon der 5. 12. 2008.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Saarland**

Geschäftsstelle:
Kaiserstraße 258
66133 Saarbrücken
Telefon (06 81) 84 12 410
Telefax (06 81) 84 12 415
Homepage: www.gdp-saarland.de
E-Mail: gdp-saarland@gdp-online.de

Redaktion:
Dirk Schnubel (V. i. S. d. P.)
Örtlicher Personalrat beim PB Saarlouis
Alte-Brauerei-Straße 3
66740 Saarlouis
Telefon: (0 68 31) 9 01-1 39
E-Mail: dirk.schnubel@superkabel.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Anzeigenleiter: Daniel Dias
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 31 vom 1. Januar 2008

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6489

FHSV

Praktische Tipps und spannende Diskussionen

„Moderne Verwaltung – menschliche Wege zu mehr Effektivität“ – so der Titel einer interessanten Podiumsdiskussion, die am 21. Oktober 2008 in Homburg stattfand. Der Freundeskreis der Fachhochschule für Verwaltung e.V. hatte gemeinsam mit der Fachhochschule für Verwaltung zu dieser Veranstaltung in das

Kulturzentrum Saalbau eingeladen. Im hochkarätig besetzten Podium diskutierten vier Experten aus Wirtschaft und Verwaltung miteinander. Die Moderation hatte Siegfried Lambert vom Saarländischen Rundfunk übernommen.

Wie muss eine moderne Verwaltung aussehen? Wie können Menschlichkeit



FHSV



V. l.: Gerhard Wack, Corinna Miller, Hugo Müller, Richard Nospers, Dr. Ernst Schneider
Foto: FHSV

und Effektivität miteinander verbunden werden? Bedingen sie sich möglicherweise sogar? Diese Leitfragen für die Diskussion warf Sigrid Morsch, die 1. Vorsitzende des Vereins und ehemalige Bürgermeisterin von Oberthal, in ihrer Begrüßung auf.

Einig waren sich die Experten darüber, dass in den letzten Jahren im öffentlichen Dienst viel passiert ist. „Es ist offensichtlich, dass man dort moderner geworden ist“, meinte beispielsweise der Saarbrücker Unternehmensberater Dr. Ernst Schneider. „Und trotzdem muss noch viel passieren, die Dienstleistungsorientierung muss noch stark verbessert werden. Aber wenn man einmal im Ausland mit öffentlichen Einrichtungen zu tun hat, dann lernt man schon die Qualität deutscher Beamter und Beschäftigter des öffentlichen Dienstes zu schätzen.“ Einiges an Modernisierungskonzepten der vergangenen Jahre stellte Richard Nospers, das geschäftsführende Vorstandsmitglied des Saarländischen Städte- und Gemeindetages, dar. Er zeigte aber auch die Schwierigkeiten auf, eine leistungsorientierte Bezahlung einzuführen. Man habe eben nicht den Markt als Bewertungskriterium. Unterstützung bekam er dabei durch Gerhard Wack, Staatssekretär im saarländischen Finanzministerium. „Wir versuchen, die Beurteilungen immer objektiver zu gestalten. Aber letztlich hängt die Qualität der Beurteilung immer von der Qualität des Beurteilers ab. Insofern ist sie natürlich immer subjektiv gefärbt“, zeigte sich Wack nachdenklich zu der Frage, ob Beurteilungen wirklich objektiv und da-

mit leistungsgerecht seien. Hugo Müller, der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, zeigte auf, wie eine konstruktive Begleitung von Modernisierungsprozessen durch eine Gewerkschaft aussehen kann. Gerade in Zeiten knapper Kassen seien Gewerkschaften gefragt, die mit Augenmaß und Weitsicht Positionen vertreten. „Dies gilt bei der Anschaffung neuer innovativer Technologie genauso, wie bei der Gestaltung von Arbeitsbedingungen der Mitarbeiter.“ Zahlreiche junge angehende Polizistinnen und Polizisten, die neben anderen interessierten Zuhörerinnen

und Zuhörern aus der gesamten saarländischen Landes- und Kommunalverwaltung in den Saalbau gekommen waren, waren vor allem dankbar für viele konkrete Aussagen. „Natürlich können wir nicht alles hier diskutieren, ich komme aber gerne zu Euch an die Fachhochschule, so dass wir in diesem Rahmen dann alles ausdiskutieren können“, sucht Müller einen weitergehenden Dialog mit den Studierenden.

In ihrem Schlusswort kündigte Corinna Miller, Rektorin der Fachhochschule für Verwaltung, an, dass geplant sei, im kommenden Jahr die Reihe dieser gemeinsamen Veranstaltungen von Freundeskreis der Fachhochschule für Verwaltung e.V. und Fachhochschule für Verwaltung fortzusetzen, und lud bereits jetzt alle Zuhörerinnen und Zuhörer ein, wieder zu kommen und weitere Interessierte mitzubringen.

Hans Jürgen Schmidt

Info:

Freundeskreis der Fachhochschule für Verwaltung e.V.

Der Freundeskreis ist ein eingetragener Verein, politisch und weltanschaulich neutral und verfolgt ausschließlich gemeinnützige Zwecke. Er unterstützt die Fachhochschule insbesondere bei Veranstaltungen mit besonderen staatsbürgerlichen, sozialen oder kulturellen Ansprüchen sowie bei der Pflege der Beziehungen zu den unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen. Informationen unter: fhsv.htm oder 0 68 97-7 90 81 43

Anzeige

Bis zu 26 % sparen!
Super Angebote des Sozialwerkes der GdP für Mitglieder

Entdecken Sie den neuen Opel Insignia

www.psw-neufahrzeuge.de



Wahrheit und Klarheit

Diese zwei Prinzipien hat der Haushaltsgesetzgeber zu beachten!

Schon der Entwurf des Haushaltsplanes für das Ministerium für Inneres und Sport, Einzelplan 03, Polizei, Kapitel 0312, liegt da zumindest an einer Stelle etwas daneben.

Dies, aber auch andere Ungereimtheiten, hat die GdP mit unterschiedlich besetzten Delegationen den Fraktionen von SPD, CDU und FDP im Saar-Landtag im Rahmen der jährlich durchgeführten Haushaltsgespräche dargelegt.

Für die GdP haben in den drei Gesprächsrunden der Landesvorsitzende Hugo Müller, seine Stellvertreter Ralf Porzel und Reinhold Schmitt sowie die Landesvorstandsmitglieder Wolfgang Schäfer und Karl „Charly“ Recktenwald teilgenommen.

Die Haushaltsexperten der CDU waren dabei Nadine Müller, Günter Becker und Günter Heinrich.

Die Finanzspezialisten der SPD waren Petra Scherer, Günter Waluga und Reinhold Jost. Bei der FDP fungierte Karl-Josef Jochem als Gesprächspartner.

Wie ist das denn nun mit den Grundsätzen? Erstmals für das Haushaltsjahr 2009 wurden im Kapitel 0312, sog. Polizeihaushalt, der Stellenplan für PolizeivollzugsbeamtenInnen und VerwaltungsbeamtenInnen getrennt ausgewiesen. Dieser Schritt bietet sich auch an, weil die Polizei in Zukunft verstärkt durch Einsatz von Verwaltungspersonal entlastet werden soll. So konnten konsequenterweise, die bei der Polizei nicht mehr benötigten Stellen in A 8 verlagert werden. So weit so gut, doch gleichzeitig musste festgestellt werden, dass die für die Einstellung der Tarifbeschäftigten, insbesondere der sog. SABs, keine zusätzlich notwendigen Stellen im Stellenplan der Tarifbeschäftigten ausgewiesen wurden. Die Nachfrage brachte die Auflösung: „Die Tarifbeschäftigten werden auf dem ‚Ticket‘ der Beamtenstellen eingestellt.“

Na ja, aber die Hauptsache ist für unsere Organisation, sie werden überhaupt eingestellt. So viel zu Wahrheit und Klarheit. Auf deutlichere Kritik der GdP stieß die Feststellung, dass im Gegensatz zur Verfahrensweise der vergangenen Jahre

und entgegen der gegebenen Zusage unserer Ministeriumsspitze keine Ausweitung der Stellen nach A 12 und A 13 g. D. vorgesehen ist. Die Vereinbarung nach Einführung der Dienstpostenbewertung bei der saarländischen Polizei lautet nämlich, dass der sich daraus ergebende Mehrbedarf sukzessive im Stellenplan „Polizei“ umgesetzt werden soll. Für 2009 ist sogar im Bereich der Stellen nach A 12 durch die Verlagerung in den Stellenplan des Landesinstituts für präventives Handeln ein Minus von zwei Stellen nach A 12 zu verzeichnen. Das muss korrigiert werden!

Darüber hinaus wurden von Seiten der GdP auch verschiedene Haushaltsansätze im Bereich des Sachhaushaltes bemängelt. Dies gilt vor allem für die Titel Fahrzeugunterhaltung/Leasing, Bauunterhaltung und Polizeikosten.

Die Argumente der GdP-Vertreter stießen bei den ParlamentarierInnen auf offene Ohren. Entscheidend wird allerdings sein, was sie „daraus machen“. Änderungskompetenzen und -möglichkeiten bestehen durchaus. **Reinhold Schmitt**

LANDESKRIMINALAMT

Harald Weiland im Ruhestand

Mit Wirkung vom 31. Oktober 2008 ist der Direktor des saarländischen Landeskriminalamtes, unser langjähriger GdP-Kollege Harald Weiland, in Ruhestand getreten. Der GdP-Landesvorsitzende Hugo Müller dankte ihm in einer ersten Verabschiedungsfeier im Kreise seiner Kolleginnen und Kollegen am 24. Oktober für die beachtlichen dienstlichen Leistungen, aber auch für seine konsequente Treue zur GdP. Zur GdP-Biografie gehören unter anderem im Zeitraum 1976 bis 1982 auch einige Jahre Mitarbeit für die GdP im Personalrat des damaligen Kriminalpolizeiamtes KPA sowie der Vorsitz der dortigen GdP-Kreisgruppe.

Die Verdienste um die saarländische Polizei würdigte Innenminister Klaus Meiser in einem offiziellen Festakt am 30. Oktober 2008 im Festsaal des Saarbrücker Schlosses. Nachfolgend einige Auszüge aus seiner Festrede:

„Nach genau 36 Jahren und 29 Tagen in den Diensten der saarländischen Vollzugspolizei nehmen Sie mit Ablauf des Monats Oktober 2008 Ihren Abschied vom aktiven Dienst.“

Rückblick auf eine erfolgreiche Karriere

Hinter Ihnen liegt eine außergewöhnliche berufliche Karriere im Dienst unseres Landes.

Sie bewarben sich 1972 bei der saarländischen Kriminalpolizei.

Die damalige Auswahlkommission leistete hervorragende Arbeit, denn unter den 26 Männern, die aus den zahlreichen Bewerbern für den Direkteinstieg bei der Kripo – damals noch im mittleren Dienst als Kriminaloberwachmeister (KOW) – ausgewählt wurden, befanden sich so hervorragende Persönlichkeiten wie beispielsweise Gregor Lehnert, der das Kriminalpolizeiamt bzw. dessen Nachfolgeorganisation Landeskriminalamt in der Zeit von



Dieter Debrand, Hugo Müller, Harald Weiland

1986 bis 1997 leitete, oder Ihr langjähriger Stellvertreter Franz-Josef Biesel. So wunderte es denn nicht, dass diese Einstellungsklasse den bis dahin besten Kriminalfachlehrgang I an der Polizeischule des Saarlandes mit einem Notendurchschnitt von 2,44 absolvierte. Sie, Herr Weiland, waren sogar Lehrgangsbester und wurden



LANDESKRIMINALAMT



Harald Weiland verabschiedet sich von seinen Kolleginnen und Kollegen.

hierfür von dem unvergessenen Schulleiter Alois Zewe geehrt.

Es folgten zahlreiche Aufgaben, Dienststellen und Beförderungen, u. a. waren Sie Sachbearbeiter für Tötungs-, Sexual- und Branddelikte beim legendären I. Kommissariat. In den Jahren 1976 bis 1977 absolvierten Sie die Ausbildung zum gehobenen kriminalpolizeilichen Dienst.

1985 erreichten Sie die Zulassung zum höheren Polizeivollzugsdienst und durchliefen verschiedene Ausbildungsstationen in Bayern und an der Polizeiführungsakademie in Münster.

Nach der Ernennung zum Kriminalrat im Oktober 1987 leiteten Sie das Sachgebiet ‚Erkenntnisammlung und Auswertung‘ der damaligen Kriminalinspektion III, der ‚Landeszentrale zur Bekämpfung der Schwerkriminalität‘. Nach einer kurzen Zwischenstation als Referent für kriminalpolizeiliche Grundsatzangelegenheiten in der Polizeiabteilung des Innenministeriums wurden Sie im Januar 1991 Leiter der Kriminalinspektion ‚Verwaltung und Organisation‘ des Kriminalpolizeiamtes. Im Rahmen der Neuorganisation der saarländischen Vollzugspolizei übernahmen Sie am 2. April 1992 die Leitung des Führungsstabes des Landeskriminalamtes. Bereits im Oktober 1992 wurden Sie zum Ständigen Vertreter des damaligen LKA-Leiters Lehnert ernannt, eine Funktion, die Sie bis August 1997 innehatten.

Eigentlich sollten Sie ja Leiter des Landesamtes für Verfassungsschutz werden und wurden auch im August 1997 mit der Wahrnehmung dieser Geschäfte beauftragt. Kurze Zeit später, im November 1997, bat man Sie allerdings, die Leitung des LKA zu übernehmen. Was war geschehen? Gregor Lehnert hatte das Saarland in Richtung Thüringer Innenministe-

rium verlassen und Sie waren genau der richtige Mann, um seine Nachfolge anzutreten.

Wirken als Behördenleiter

In Ihrer Amtszeit veränderte das Landeskriminalamt sein Gesicht. Ich will nur einige Punkte herausgreifen und als Beispiel nennen:

- die Einrichtung einer gemeinsamen Finanzermittlungsgruppe mit der Oberfinanzdirektion Koblenz
- die Fortschreibung der Organisation des LKA im Jahr 2002 – verbunden mit einer umfassenden Neuregelung der sachlichen Zuständigkeit und der Aufbauorganisation Ihrer Behörde
- die Eingliederung der Projektgruppe DIPOL ins LKA
- die Umorganisation der Abteilung LKA 2 ‚Information und Kommunikation‘
- die Kooperation mit Rheinland-Pfalz im Rahmen der polizeilichen Datenverarbeitung, die schließlich zur Einführung des Saarländischen Auskunftsvorgangsbearbeitung und Informationssystem (SAVIS) führte

- die Einrichtung der Abteilung LKA 5 Staatsschutz
 - die Beteiligung des Saarlandes am gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrums (GTAZ) in Berlin
 - die Neugestaltung der Kriminaltechnik im Zusammenhang mit der Eingliederung des Kampfmittelbeseitigungsdienstes
 - der Aufbau eines Qualitätsmanagements bei der Kriminaltechnik mit dem Ziel der Akkreditierung
- Vieles davon – ohne die Leistungen Ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter schmälern zu wollen – trägt Ihre Handschrift und ist vor allem auch Ihr Verdienst. Sie haben den Rahmen gestaltet, in dem moderne und erfolgreiche kriminalpolizeiliche Arbeit möglich ist. Achtung und Anerkennung, die dem saarländischen LKA im Bund, in den anderen Bundesländern und im benachbarten Ausland entgegengebracht wird, sind mit Ihrem Namen verbunden.“

Wir schließen uns gerne den anerkennenden Worten des Innenministers an. Wichtig ist nun, möglichst schnell den neuen Status als „Pensionär“ anzunehmen und richtig zu leben. Für die jetzt anstehende Zeit wünschen wir die notwendige Gelassenheit und Ruhe, vor allem aber dauerhafte Gesundheit. Und wir freuen uns auf eine weitere gemeinsame Zeit in der GdP-Seniorengruppe.

Hugo Müller, Landesvorsitzender

Anzeige



GdP- Schifreizeit
Zell am Ziller / Zillertal
24.01.2009 - 31.01.2009



Mit der Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Saarland, zum Schifahren in das Zillertal.

UNSER ANGEBOT:

7 Tage Halbpension überwiegend in Doppelzimmern in einem Gasthof in Zell (400 m bis zur Seilbahn der Zillertalarena), Sechstageschipass fürs ganze Zillertal, Schibusbenutzung, Busfahrt nach und von Zell mit modernem Reisebus ... und noch mehr.

Preis: GdP-Mitglieder 649,00 €
Nichtmitglieder 669,00 €

Ansprechpartner:
Hartmut Seiler 06858/1800 o. 0681/962 2042
E-Mail haseil@gmx.de



Die Verhandlungen stehen vor der Tür!

Nach der Tarifrunde 2008 für die Beschäftigten der Kommunen und des Bundes steht nun die Tarifrunde für die Beschäftigten der Länder an. Es wird Zeit, sich über Forderungen Gedanken zu machen und deren Durchsetzung zu planen.

Denn wie schon in der Tarifrunde 2008 für die Kommunen und den Bund wird man uns nichts schenken. Anfang Dezember wird unsere Große Tarifkommission zur Positionierung für die Tarifrunde 2009 zusammentreten. Mitte Januar soll es dann eine erste Verhandlungsrunde der Gewerkschaften mit den Arbeitgebern (TdL) geben.

Die Arbeitgeber werden wie bei jeder anstehenden Tarifrunde auf die schwierige Finanzlage hinweisen, die es ihnen unmöglich macht, den Beschäftigten große Zugeständnisse zu machen. Fakt ist jedoch, dass die Steuereinnahmen der Länder gestiegen sind, und die Prognose auch weiterhin eine Steigerung vorsieht.

Die Ländereinnahmen stiegen im ersten Halbjahr 2008 um 5,7% – statt der vorausgesagten 0,5%. Wie passt das mit dem Argument der schwierigen Finanzlage zusammen? Die Beschäftigten brauchen mehr Geld; die Preise steigen und es ist kein Ende abzusehen. Es geht nicht darum, den Beschäftigten ein Luxusleben zu ermöglichen, sondern darum ihnen ein menschenwürdiges Leben zu gewährleisten.

Die Preissteigerung liegt mittlerweile bei den Verbrauchsgütern bei 3%.

Wichtig ist dieses Mal auch ein großes Engagement der Beamtinnen und Beamten für die Tarifrunde 2009. Für sie wird die anstehende Tarifrunde ebenfalls ausschlaggebend sein; auch ihnen geht es nicht besser, auch ihnen wird nichts geschenkt. Ein gutes Tarifergebnis ist eine gute Basis für die entsprechende Besoldungs- und Versorgungsanpassung. Die zeitnahe und inhaltsreiche Übertragung

des Tarifergebnisses ist umso wahrscheinlicher, desto aktiver die Beamtinnen und Beamten sich an der Tarifrunde beteiligen.

Zur Erinnerung hier die wichtigsten Ergebnisse der Tarifrunde 2008 für Bund und Kommunen, die mit einem Gesamtvolumen von mehr als 8%, gerechnet auf zwei Jahre, für uns die Vorgabe sein werden:

1. Lineare Erhöhung

Ab 1. 1. 2008: 50 Euro Sockelbetrag und eine lineare Anhebung der Tabellenwerte um 3,1% für alle Beschäftigten bei Bund und Kommunen.

Ab 1. 1. 2009: lineare Anhebung der Tabellenwerte um 2,8% für alle Beschäftigten bei Bund und Kommunen.

2. Einmalzahlung

1. 1. 2009: 225 Euro für alle Beschäftigten bei Bund und Kommunen.

Hugo Müller

GdP-SEMINARE

Umgang mit der Presse?

Gut 15 saarländische Polizeibeamte konnten sich bei einem Seminar der Stiftung Demokratie Saar in Eppelborn im wahrsten Sinne des Wortes im Umgang mit der Presse üben. Unter der Leitung von Diplom-Pädagogin Marion Bredebusch vom gleichnamigen Institut aus

Saarbrücken wurden solche Situationen trainiert, in denen Dienstgruppenleiter die Pressearbeit zu übernehmen hatten. Und solche Situationen haben es in sich. Kaum Zeit zur Vorbereitung war die Devise. Die Presse ist am Telefon, ein Kamerateam kommt auf einen zu. Ein Unglück oder ein schwerer Unfall hat sich erst vor kurzer Zeit ereignet. Nun sind den Erfordernissen der Polizeiarbeit und den durchaus legitimen Informationsbedürfnissen der Presse Rechnung zu tragen. Eine sehr anspruchsvolle Aufgabe. Nicht nur in der Realität, sondern auch in den Trainingssituationen. Doch ei-

ne große Voraussetzung war gegeben: Alle Teilnehmer unterstützen sich vertrauensvoll und verhalten sich so über schwierige Momente hinweg. Momente, in denen man die eigenen Grenzen überschreiten musste und ... sich auch noch im Anschluss in einer Videoaufnahme sehen konnte. Ganz weit in den Vordergrund stellten die Kollegen den Wunsch, noch mehr aus dem Bereich der Kommunikation zu erfahren, um die eigene Dienststelle und die saarländische Polizei bestmöglich in der Öffentlichkeit zu vertreten. Alle waren sich einig: Diese drei Tage im Tagungshotel Eppelborner Hof waren zeitweilig anstrengend, doch verhalfen die Trainingssituationen zu mehr Fertigkeiten, die gestellten Aufgaben zu meistern. Übrigens: Es war auch noch Zeit für Gespräche untereinander da. Einige Kollegen hatten sich auch abends noch viel zu sagen. Und Anekdoten aus der saarländischen Polizei gibt's ja genug zum Besten zu geben.



Die Seminarteilnehmer

Thomas Hofmann



SCHWERBEHINDERTENRECHT

Gleichstellung von Beamten/-innen

Nach § 2 Abs. 3 SGB IX können Personen, die über einen GdB von 30 oder 40 verfügen, mit einem schwerbehinderten Menschen gleichgestellt werden. Über den entsprechenden Antrag entscheidet die zuständige Bundesagentur für Arbeit. Aufgrund ihrer besonderen Rechtsstellung kam es deshalb in der Vergangenheit nur selten zur Gleichstellung von Beamten/-innen, da der wesentliche Grund für die Gleichstellung der Kündigungsschutz ist und dieser bei Beamten/-innen nicht im Vordergrund steht. (Versetzung in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit, Übertragung eines anderen Amtes derselben oder einer gleichwertigen Laufbahn mit geringerem Endgrundgehalt § 26 Bundesbeamtengesetz usw.)

Nachdem nunmehr im Jahr 2007 ein Feuerwehrbeamter im Widerspruchsverfahren gleichgestellt wurde, gelten bei der Bundesagentur für Arbeit bundesweit in Bezug auf die Gleichstellung von Beamten/-innen auf Lebenszeit folgende Regelungen:

Die Entscheidung über einen Antrag auf Gleichstellung erfordert in jedem Einzelfall eine Beurteilung, ob der behinderte Mensch zum Ausgleich seiner behinderungsbedingten Konkurrenzfähigkeit auf die Hilfen des SGB IX angewiesen ist.

Eine Gleichstellung muss dann erfolgen, wenn die persönlichen und rechtlichen Voraussetzungen vorliegen und der behinderte Beamte/-in besondere Umstände vorträgt.

Diese Umstände können z. B. sein:

- Drohende Versetzung in den Ruhestand
- Drohende Versetzung in ein anderes Amt derselben oder gleichwertigen Laufbahn mit einem geringeren Endgrundgehalt
- Drohende Versetzung aus behinderungsbedingten Gründen auf einen anderen nicht gleichwertigen oder der Behinderung entsprechenden Arbeitsplatz.
- Weigerung des Arbeitgebers/Dienstherrn, den Arbeitsplatz aus welchen Gründen auch immer nicht behindertengerecht auszugestalten.

Dieser letzte Punkt ist besonders wichtig, denn mittlerweile ist die Zahl der Kollegen und Kolleginnen mit Schäden am Stützapparat ganz erheblich gestiegen (Wirbelsäule, Hüfte, Knie usw.), eine behindertengerechte Ausgestaltung des Arbeitsplatzes erfolgt jedoch unter Hinweis auf die Kosten nicht, sodass dieser Perso-

nenkreis weiterhin unter Schmerzen seinen Dienst verrichten muss. Bei erfolgter Gleichstellung ist dies nicht so, denn in diesem Fall wird der Arbeitsplatz zu ca. 85 Prozent durch das Integrationsamt ausgestattet und die Dienststelle hat lediglich einen kleinen Restbetrag zu leisten, was von mir als SchwbV der LPD und stellvertretender Hauptschwerbehindertenvertreter beim MfIS mit dem zuständigen Sachbearbeiter beim Integrationsamt vereinbart wurde.

Ich kann den betroffenen Kollegen/-innen deshalb nur raten, setzt euch mit mir in Verbindung und nehmt eure Rechte wahr, denn ein behindertengerechter Arbeitsplatz ist die beste Präventionsmaßnahme, um einem vorzeitigen Ruhestand mit den einhergehenden Abzügen entgegenzuwirken.

Schließen möchte ich mit einem Zitat unseres Bundespräsidenten Horst Köhler, der sagte: „Wer seine Rechte nicht in Anspruch nimmt, gibt sie auf.“

Stefan Meisberger

KG ST. WENDEL

Herbstaktion auf dem Peterberg



Interessierte Zuhörer beim Vortrag eines Astronomen!

Unsere diesjährige Herbstaktion führte uns bei herrlichem Wetter auf den Peterberg bei Braunshausen. Ein grandioser Ausblick erwartete uns, bevor wir in gemütlicher Runde, Jung und Alt vereint, auf der „Alm“ zusammensaßen. Es gab auch eine kleine Tombola, bei der es nur Gewinner gab.

Als Abschluss und Höhepunkt des Tages wurden wir von den Amateurastronomen des Saarlandes in der nahe gelegenen Sternwarte umfangreich und höchst informativ über das Universum aufgeklärt. Interessant war die Erkenntnis, dass die Erde in unserem Sonnensystem nur ein kleines Licht ist und wir als Mensch nur ein ganz kleines Licht auf unserer Erde sind. Dieses sollten wir uns ab

und zu vor Augen führen ... Insgesamt eine gut besuchte und gelungene Veranstaltung, zu der die Kreisgruppe St. Wendel sowohl Kaffee und Kuchen als auch den Eintritt in die Sternwarte finanzierte.

Thomas Ehlhardt

Hinweis der Redaktion

Um eine problemlose Zusammenarbeit mit der Druckerei zu gewährleisten müssen Berichte als Word.doc angeliefert werden, Bilder als JPG- oder TIF-Datei. Die Auflösung sollte 300 dpi betragen.

Bilder oder Grafiken keinesfalls in das Word.doc einbinden!!



Polizei Landesbezirk Saarland
Gewerkschaft der Polizei
DEIN PARTNER



- bildung auf Kosten der GdP-Saarland
 - Sterbegeld-Beihilfe
 - hohe Versicherungsrabatte bei PVAG wie z. B. Kfz-Haftpflicht oder GdP-Rente
 - Rechtsberatung in allen Lebenslagen bei Vertragsanwälten in Saarbrücken und Neunkirchen (pro Beratung ca. 250 Euro gespart)
 - Dienstrechtsschutz und Sozialrechtsschutz bei freier Anwaltswahl
 - kostenlose Schulungsangebote unter Nutzung des saarländischen Weiterbildungsgesetzes
 - Ruhegebhaltsberechnung
 - Beratung bei Beihilfe-Problemen
 - kostenlose Literaturrecherche über Literaturdatenbank der GdP-Bund für Haus- und Studienarbeiten
 - Internetapotheke mit 20%igem Preisvorteil
 - Reisezuschüsse zwischen 4,5 und 6% (abhängig von Mitgliedschaftsdauer) bei Reise-Buchung über GdP-Reisen
 - satte Rabatte bei Neuwagen-Kauf
- Die ausführlichen Informationen hierzu findet man unter: www.gdp-saarland.de
Lothar Schmidt

KG LKA
Glückwunsch,
alles Gute!

Unser langjähriges Mitglied Erwin Lampel feierte am 30. Oktober im Kreise seiner Familie seinen 85. Geburtstag. Für die Kreisgruppe Landeskriminalamt überbrachten der stellv. Kreisgruppenvorsitzende Stefan Schneider, begleitet von Arno Malter, dem Jubilar die besten Wünsche. Erwin ist seit 48 Jahren Mitglied unserer Gewerkschaft.

Lieber Erwin, wir wünschen Dir auch für die weitere Zukunft alles Gute, viel Glück und vor allem Gesundheit.

Der Kreisgruppenvorstand

GdP-LEISTUNGEN

17 handfeste Gründe für eine GdP-Mitgliedschaft

- Diensthaftpflicht-Versicherung bei Rückgriffsansprüchen des Dienstherrn
- Regresshaftpflicht-Versicherung hinsichtlich des Führens von Dienstfahrzeugen
- Versicherung bei Abhandenkommen von Dienstschlüsseln, Verwarnungsböcken etc.
- Haftpflichtversicherung beim außerdienstlichen Führen von (Schuss-)Waffen bei Beachtung der dienstlichen Bestimmungen
- Unfall-, Invaliditäts- und Todesfallversicherung
- auf Wunsch Versicherung gegen Polizeidienstunfähigkeit während der Aus-



Stefan Schneider gratuliert Erwin Lampel zum 85sten Geburtstag Foto: LKA

